

Was hält die Gesellschaft zusammen?

Frankfurter Bürgeruniversität zur Demokratie: ein Rückblick auf die ersten zwei Abende

Wie ungleich ist Deutschland?

Der erste Abend der Bürgeruni-Reihe „Demokratie weiter denken“ war der Frage gewidmet, ob und inwieweit Deutschland seit Mauerfall und Wiedervereinigung von einem sozialen und ökonomisch spürbaren Ost-West-Gegensatz geprägt ist. Moderator Meinhard Schmidt-Degenhard fragte einleitend den Historiker Prof. Matthias Middell (Universität Leipzig) nach den Erkenntnissen der Landtagswahl in Thüringen. Middell konstatierte eine Erschütterung der politischen Landschaft vor allem im Hinblick auf den Stimmenzuwachs im rechten Lager. Im Wahlverhalten drücke sich, so Middell, die Folge von „Ungleichheitserfahrung, -vermutung und -erwartung“ aus. Nicola Fuchs-Schündeln, Wirtschaftsprofessorin an der Goethe-Universität, hat den Einigungsprozess ökonomisch erforscht. Sie sieht in Ost und West unterschiedliche Präferenzen im Hinblick auf die Frage, wer für das Wohlergehen zuständig ist. Während der Osten eher den Staat in der Pflicht sehe, dominiere im Westen tendenziell die Ansicht, dass das Individuum für sich Verantwortung übernehmen müsse. Die „gefühlte Ungleichheit“ zwi-



(v. l. n. r.) Meinhard Schmidt-Degenhard, Prof. Birgitta Wolff, Prof. Nicola Fuchs-Schündeln und Prof. Matthias Middell.

vielen europäischen Ländern zu nutzen wüssten. Birgitta Wolff ergänzte, dass es in einem Bundesland wie Sachsen-Anhalt eigentlich nicht die sogenannten „Abgehängten“ seien, die rechte Parteien wählen; Ängste bestünden eher bei denjenigen, die glaubten, das Erworbene wieder verlieren zu können.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Sind vor allem ökonomische Faktoren dafür verantwortlich, wenn rechte Parteien bei Wahlen reüssieren? Geht es nicht auch um Formen der Anerkennung jenseits materieller Aspekte? Wie kann man der

Begriff auch in der Zukunft seine Attraktivität behalte, sei daher dahingestellt. Die Ansiedlung des Instituts in verschiedenen Bundesländern sei jedenfalls ein großer Vorteil, weil sich darin auch eine große Themenvielfalt abbilde. Das Institut, so Middell, werde nicht *eine* Antwort auf die drängenden Fragen der Gegenwart liefern, sondern viele Antworten für ganz unterschiedliche Fragen.

Die Paulskirche – Symbol der deutschen Demokratie

Der zweite Bürgeruni-Abend im Deutschen Architektur-Museum (DAM), der von Rebecca C. Schmidt (Geschäftsführerin Zentrum Normative Ordnungen) moderiert wurde, widmete sich der Rolle, die die Paulskirche in der deutschen Demokratiegeschichte gespielt hat und auch weiter spielen kann. „Die Paulskirche ist nicht irgendein Ort, sondern steht für Aufbruch und Verhinderung von Demokratie in Deutschland“, betonte Prof. Rainer Forst vom Zentrum Normative Ordnungen; es sei ein „unversöhnter Teil“ der Gegenwart, damit ein dialektischer Ort, zu dem keine „narbenfreie Architektur“ passe, so Forst. Dipl.-Ing. Peter Cachola Schmal, Direktor des DAM, wies in seiner Begrüßung darauf hin, dass die Diskussion über eine historische Rekonstruktion der Paulskirche vom Tisch sei, die Stadtverordneten beschlossen hätten, sich bei der Sanierung an der Form des Jahres 1948, nicht an der des Jahres 1848, zu orientieren. „Das Denkmal ist gerettet“, so Cachola Schmal. Architekturwissenschaftler Prof. Carsten Ruhl (Goethe-Universität) betonte, dass der Begriff einer Rekonstruktion ohnehin falsche Erwartungen wecke. Die Geschichtlichkeit oder Authentizität eines Gebäudes herzustellen, sei wie beim Berliner Stadtschloss lediglich eine „Konstruktion“, bei der ein bestimmtes Bild des Vergangenen mit architektonischen Mitteln evoziert werde. Für Frankfurts Oberbürgermeister Peter Feldmann ist die Debatte um „Steine, Heizung oder Akustik“ eher nebensächlich, ihn interessiere der politische Prozess. Er hob in der

Diskussion wiederholt die „radikal-demokratische“ Bürgerschaft Frankfurts hervor; man organisiere sich in Bewegungen und sei damit sehr erfolgreich. Diese einmalige Form der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern müsse in die Welt getragen werden, so Feldmann.

Kritik und Beteiligung

Im weiteren Verlauf der Diskussion kristallisierte sich eine Frage heraus, die auch vom Publikum mit Vehemenz vorgetragen wurde: Bedarf es überhaupt eines eigenen Gebäudes für das geplante Demokratiezentrum, inwieweit kann dieses nicht in der Paulskirche beheimatet sein? Eine moderne Lösung für den schwierigen Meinungsbildungsprozess stellte die Politologin und Demokratieforscherin Prof. Brigitte Geißel (Goethe-Universität) vor: Zufällig ausgesuchte Bürgerinnen und Bürger könnte in Form eines „Deliberationsprozesses“ über die Nutzung der Paulskirche und den Ort des Demokratiezentrums diskutieren; dadurch werde die Ge-

fahr eines Lobbyismus oder Parteienganzs verhindert. Am Ende des Prozesses werde per Bürgerentscheid abgestimmt. Studien zeigten, so Geißel, dass kritische Bürger keine Gefahr darstellten, sondern für einen funktionierenden Staat sorgten. Cachola Schmal äußerte Bedenken gegenüber direktdemokratischer Verfahren und prognostizierte einen Prozess der Meinungsbildung, der einige Jahre dauern könne. df

Die dreiteilige Reihe im Rahmen der Frankfurter Bürgeruniversität ist eine Kooperation der Goethe-Universität und dem Zentrum Normative Ordnungen mit dem Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, der Stadt Frankfurt am Main, dem Deutschen Architekturmuseum, der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung und der Hochschule für Gestaltung Offenbach am Main.

DER NÄCHSTE TERMIN

MAKING CRISES VISIBLE – KRISE DER DEMOKRATIE

Podium: Dr. Stefan Kroll (Koordinator des Leibniz Forschungsverbund „Krisen einer globalisierten Welt“), Prof. Dr. Rainer Forst (Politischer Philosoph, Goethe-Universität), Prof. Dr. Verena Kuni (Kunstpädagogin, Goethe-Universität), Prof. Dr. Andreas Mulch (Direktor, Senckenberg). Moderation: Susanne Boetsch (Verwaltungsleiterin Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung).

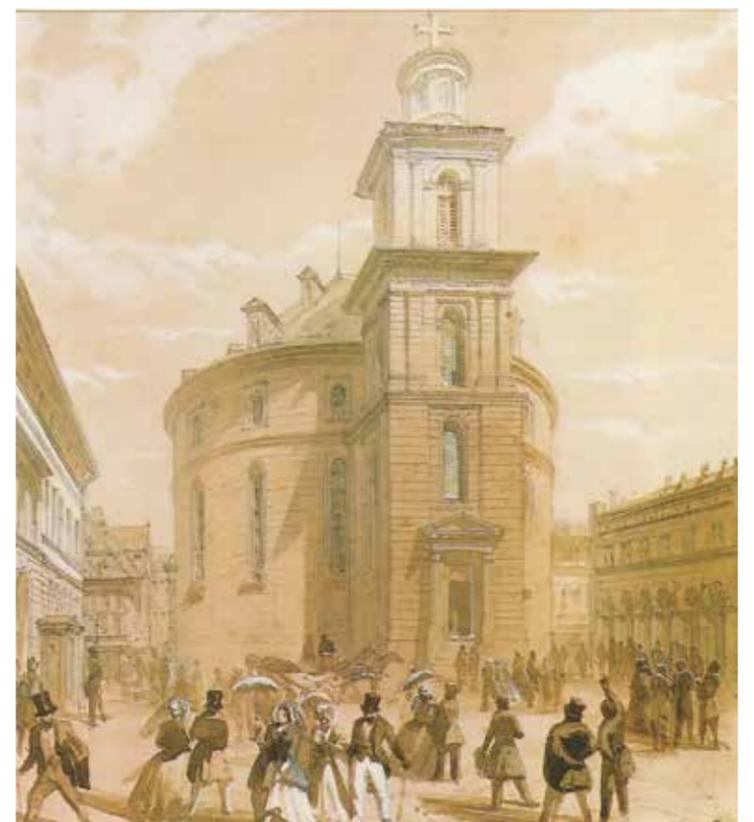
10. Februar 2019, 19.30 Uhr, Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, Arthur-von-Weinberg-Haus (Hörsaal), Robert-Mayer-Straße 2, 60325 Frankfurt am Main. Eintritt ist frei.

Weitere Informationen: www.buerger.uni-frankfurt.de

schen Ost und West sei, so Fuchs-Schündeln, seit der Wende stärker als die „reale“ gestiegen. Prof. Birgitta Wolff, Präsidentin der Goethe-Universität und Ökonomin, wies darauf hin, dass die Politik nach der Wende es nicht geschafft habe, die Produktivität zu erhöhen. Das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, Menschen für gleiche Arbeit gleich zu entlohnen, habe man nicht wirklich nach der Wende auf den Osten angewendet, so Wolff. Allerdings finde man auch im Westen, beispielsweise im Ruhrgebiet und in Bremen, das Gefühl, dass die Chancen nicht gleich verteilt seien.

Nicola Fuchs-Schündeln betonte, dass Globalisierung und Digitalisierung massiv die Arbeitsmärkte veränderten, daraus resultiere eine Verunsicherung, die Populisten in

Entvölkerung des ländlichen Raums entgegenwirken? Mit Fragen wie diesen war zugleich auch das neu gegründete „Institut für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ angesprochen, an dem unter anderem die Universitäten Frankfurt und Leipzig maßgeblich beteiligt sind. Projektleiterin in Frankfurt ist Prof. Nicole Deitelhoff, in Leipzig Matthias Middell. Er erläuterte auf dem Podium die begriffliche Dimension: „Zusammenhalt“ habe zugebenermaßen etwas „Appellatives“ und „Schillerndes“ und sei in den beteiligten Fächern recht unterschiedlich besetzt. Gefragt werden könne durchaus, inwiefern man heute noch eine gesellschaftliche Homogenität anstrebe und inwieweit Heterogenität nicht bereits als etwas Normales betrachtet werde. Ob der



Paulskirche (1848). Aquarell von Jean Nicolas Ventadour, Historisches Museum Frankfurt.